

LANDTAG DES  
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



**JAHRESBERICHT 2018**

**DER DELEGATION BEI DER  
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE  
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND  
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

## INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einführung .....	3
1.	Zusammensetzung der Delegation .....	3
II.	Wintertagung vom 22. bis 23. Februar 2018 in Wien .....	3
1.	Delegation und Teilnehmer .....	3
2.	Eröffnungssitzung .....	3
3.	Der Ständige Ausschuss .....	4
4.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse .....	5
5.	Plenarversammlung .....	5
III.	Jahrestagung vom 7. bis 11. Juli 2018 in Berlin .....	7
1.	Delegation und Teilnehmer .....	7
2.	Eröffnungssitzung .....	7
3.	Der Ständige Ausschuss .....	9
4.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse .....	10
4.1	Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit .....	10
4.2	Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt .....	11
4.3	Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen .....	12
4.4	Zusätzliche Beratungsgegenstände .....	12
5.	Plenarversammlung .....	13
6.	Schlussitzung .....	14
7.	Berliner Erklärung .....	14
8.	Bilaterale Gespräche .....	14
9.	Wahlen .....	15
IV.	Herbsttagung vom 3. bis 6. Oktober 2018 in Bischkek .....	15
1.	Delegation und Teilnehmer .....	15
2.	Eröffnungssitzung .....	15
3.	Der Ständige Ausschuss .....	16
4.	Weitere Themen der Konferenz .....	16
V.	Wahlbeobachtung .....	17
VI.	Digitale Resilienz eines demokratischen Staates - Lissaboner Konferenz .....	20
VII.	Zusammenarbeit .....	22
VIII.	Kostenaufwand der Delegation .....	22
IX.	Weitere Informationsquellen .....	22
X.	Schlusswort und Antrag .....	23

## **I. Einführung**

### **1. Zusammensetzung der Delegation**

Im Anschluss an die im Februar 2017 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 30. März 2017 neu gewählt. Die Delegation setzte sich im Jahre 2018 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Günter Vogt, Delegationsleiter
- Stv. Abg. Helen Konzett, ordentliches Mitglied
- Abg. Eugen Nägele, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Violanda Lanter-Koller, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

## **II. Wintertagung vom 22. bis 23. Februar 2018 in Wien**

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrösste Treffen der OSZE PV. Sie dient hauptsächlich dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltet jeweils ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei ordentlichen Ausschüsse.

### **1. Delegation und Teilnehmer**

Am 22. und 23. Februar fand die 17. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien statt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordneten Günter Vogt, die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Insgesamt nahmen rund 240 Parlamentarier aus 53 OSZE-Teilnehmerstaaten sowie zahlreiche Parlamentarier der Kooperationspartner an der zweitägigen Konferenz in Wien teil.

### **2. Eröffnungssitzung**

An der Eröffnungssitzung sprachen der OSZE-PV-Präsident George Tsereteli, Vincenzo Amendola, italienischer Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, und OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger. Präsident Tsereteli erklärte in seiner Eröffnungsansprache, dass es kein Geheimnis sei, dass sich das Niveau des Dialogs und des Vertrauens im OSZE-Gebiet auf einem historischen Tiefpunkt befinde. Er ergänzte, dass dies einerseits als ein Versagen multilateraler Organisationen wie der OSZE angesehen werden könnte, weil sie nicht das getan haben, was notwendig ist, um Vertrauen aufzubauen und die Herausforderungen zu bewältigen. Andererseits könne dies aber auch als historische Chance gesehen werden, diese Organisation wiederzubeleben. Statt sich

nur auf die Abschreckung zu konzentrieren, müssten auch die Entspannung und der Dialog im Mittelpunkt stehen, sagte er weiter, und die Wiederbelebung müsse ganz oben auf der internationalen Agenda stehen. Die OSZE sei dafür gut gerüstet und dürfe keine Mühen scheuen, um den notwendigen politischen Willen zu katalysieren, unterstrich der Präsident abschliessend.

Staatssekretär Vincenzo Amendola, der den italienischen Vorsitz der OSZE vertrat, erklärte, dass die wichtigste Herausforderung für die OSZE nach wie vor darin bestehe, eine Lösung für die Krise in und um die Ukraine zu finden. Weiter bekräftigte er das Engagement Italiens, eine Lösung für alle langwierigen Konflikte in Transnistrien, Georgien und Berg-Karabach zu finden. Gleichzeitig beabsichtige Italien, den Schwerpunkt auf den Mittelmeerraum zu legen, eine Drehscheibe, die drei Kontinente miteinander verbinde und somit für die Schaffung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung im 21. Jahrhundert zentral sei. Die OSZE sei ein Modell des Dialogs, das auf den Prinzipien von 1975 basiere und das man sich als Blaupause für den breiten Mittelmeerraum vorstellen könne.

OSZE-Generalsekretär Greminger erklärte, dass die OSZE mehr denn je gebraucht werde, um Ländern beim Wiederaufbau des Vertrauens und der Förderung der Zusammenarbeit zu helfen, und teilte seine Ansichten darüber mit, wie man die OSZE «fit for purpose» machen könne. Er sehe definitiv einen grösseren Spielraum für die Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung. Das Bewusstsein für die OSZE in den gesetzgebenden Körperschaften müsse nun geschärft werden. Dazu müsse gemäss Greminger der politische Wille geweckt werden, dass ausreichende finanzielle Mittel und die Umsetzung der Verpflichtungen sichergestellt werden. Abschliessend sagte er, dass die Parlamentarier eine Schlüsselrolle bei der Wiederherstellung des Vertrauens spielten.

### **3. Der Ständige Ausschuss**

An der Sitzung des Ständigen Ausschusses wurden verschiedene Berichte zur Kenntnis genommen: Darunter jener des Präsidenten, des Generalsekretärs, der Schatzmeisterin, von den Leitern der jüngsten Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE und der Sonderbeauftragten der Versammlung.

Der Präsident, welcher am 9. November 2017 sein Amt antrat, berichtete über seine Aktivitäten der vergangenen Monate. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der Regierungsseite der OSZE sowie mit den weiteren Instituten der OSZE stehen dabei im Mittelpunkt seiner Tätigkeit. Ein besonderes Anliegen seinerseits sei es, die Sichtbarkeit und die Effizienz der Versammlung zu erhöhen.

Auch der Generalsekretär der Versammlung berichtete über seine Arbeit seit der Herbsttagung 2017. Sein Fokus liege weiterhin in der bestmöglichen Unterstützung der Mitglieder der Versammlung durch das Internationale Sekretariat. Dabei hätten die Organisation der drei Tagungen, der Wahlbeobachtungsmissionen sowie die Unterstützung der Sonderbeauftragten und der Ad-hoc-Ausschüsse höchste Priorität.

#### **4. Die drei Allgemeinen Ausschüsse**

##### Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Im Politischen Ausschuss richtete der Hochkommissar der OSZE für Nationale Minderheiten, Lamberto Zannier, seine Worte an die Delegierten. Dabei wies er auf die zahlreichen Problematiken bei Langzeitkonflikten im OSZE-Raum hin. Bei der Spezialdebatte «Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung: Herausforderungen und Möglichkeiten für den OSZE-Raum» führte Dr. Lassina Zerbo, Exekutivsekretär der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, in das Thema ein. Der Berichterstatter Kristian Vigenin aus Bulgarien stellte die Ideen für seinen Bericht anlässlich der Jahrestagung in Berlin vor. Der Abgeordnete Günter Vogt nahm an der Sitzung des Ersten Ausschusses teil.

##### Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Im Wirtschaftsausschuss stellte die Berichterstatterin Sofio Katsareva (Georgien) ihre Überlegungen für ihren Bericht für die Jahrestagung vor. Die Spezialdebatte konzentrierte sich auf das Thema «Klimakrise: Entwicklung von Langzeitstrategien zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner globalen Konsequenzen». Dazu sprach Botschafter Vuk Zagic, Koordinator der OSZE-Wirtschafts- und Umweltaktivitäten. An der Sitzung des Zweiten Ausschusses nahm ebenfalls der Abgeordnete Günter Vogt teil.

##### Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen führte eine Debatte zum Thema «Aufrechterhaltung der Demokratie im Zeitalter von Fake News». Dazu sprach Professor Bradley Wiggins von der Webster Privatuniversität in Wien. Die anschließende Debatte wurde kontrovers geführt und verschiedene Votanten riefen zu einem kritischen Denken bei Neuigkeiten jeglicher Art auf. Ebenfalls zu den Parlamentariern sprachen Ingibjörg Solrun Gísladóttir, Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau, sowie Harlem Desir, der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit. Der Berichterstatter Kyriakos Hadjiyianni (Zypern) stellte seine Ideen für den Bericht an der Jahrestagung vor. Die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett nahm Einsitz im Dritten Ausschuss.

#### **5. Plenarversammlung**

Die drei Allgemeinen Ausschüsse der Versammlung trafen sich zu einer gemeinsamen Sitzung. Dabei stellten verschiedene Ad-hoc-Vorsitzende der Versammlung ihre Berichte vor. Derzeit unterhält die Versammlung sechs Ad-hoc-Ausschüsse oder Unterausschüsse.

Der Vorsitzende des Unterausschusses für die Geschäftsordnung Lord Peter Bowness (Vereinigtes Königreich) stellte sein Diskussionspapier «Need for a change?» über eine mögliche Reform der Geschäftsordnung der Versammlung vor.

In seinem Bericht werden verschiedene Fragen aufgeworfen und sämtliche Delegation sind aufgerufen, ihre Ideen für die effizientere Arbeit der Versammlung einzubringen. Insbesondere wird es zu klären sein, ob die Versammlung den heutigen Herausforderungen gerecht wird. Mehrere Mitglieder der Versammlung forderten mehr Zeit, um aktuelle Themen und relevante Fragen öfter zu diskutieren. Sämtliche Mitglieder sind sich einig, dass eine Versammlung von Parlamentariern aus 57 Staaten auf internationaler Ebene Neuigkeitswert haben sollte.

In seinem ersten Bericht an die Versammlung als Vorsitzender des Ad-hoc-Ausschusses zur Terrorismusbekämpfung erörterte Makis Voridis (Griechenland) die bisherigen Arbeiten, einschliesslich der Bemühungen, ein besseres Verständnis der neuesten Trends und Bedürfnisse im Bereich der Terrorismusbekämpfung zu entwickeln und strategische Partnerschaften mit anderen Akteuren innerhalb und ausserhalb der OSZE zu fördern. Ziel sei es, sich auf Bereiche zu konzentrieren, in denen OSZE-Parlamentarier mehr Werte schaffen könnten. Um die Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus zu konsolidieren, müsse die Welt vereint bleiben, führte Voridis aus. Parlamentarier spielten eine wichtige Rolle, indem wirksame Rechtsvorschriften entwickelt werden, die Aufsicht über die Sicherheitsdienste sichergestellt seien und die Koordinierung und das gegenseitige Vertrauen auf allen Ebenen gefördert werde, so der Vorsitzende abschliessend.

Abid Qayyum Raja, Vizepräsident des norwegischen Parlaments, sprach vor den Delegierten und berichtete über die Erfahrungen Norwegens bei der Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus.

Der Schweizer Filippo Lombardi, Vorsitzender des Ad-hoc-Ausschusses für Migration, beschrieb in seinem Bericht die Bemühungen um eine kohärente, gemeinsame und verantwortungsvolle Steuerung der Migration und der Flüchtlingsströme, wobei der Schwerpunkt auf den Bereichen liegt, in denen dringender Handlungsbedarf besteht. Er erklärte, dass Europa nicht mehr vor einer Migrationskrise stehe, wie sie in den vergangenen Jahren bestanden habe. Er stellte fest, dass die Zahl der irregulären Ankünfte in der Europäischen Union um etwa 60 Prozent zurückgegangen sei, und betonte, dass es an dieser Stelle möglich sein sollte, diese Ströme in geordneter Weise zu bewältigen. Weiter führte er aus, dass es nach wie vor eine selbstgemachte politische Krise sei, weil man sich nicht auf einen gemeinsamen Ansatz einigen könne, der auf Solidarität und gemeinsamer Verantwortung beruhe. Es sei unerlässlich, sich auf gemeinsame Verfahren und Kriterien in einer Reihe kritischer Bereiche zu einigen, angefangen beim Asyl, um zu verhindern, dass «Asylshopping» stattfinde.

Der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, Hedy Fry aus Kanada, befasste sich mit der Frage, wie Männer und Jungen in die internationalen Bemühungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter einbezogen werden können. Sie sprach auch über Gewalt gegen Frauen und bemerkte, dass die Weltgemeinschaft im vergangenen Jahr einen folgenschweren Wandel hin zu einer Änderung der Einstellung und Verhaltensweisen erlebt habe, die geschlechtsspezifische Gewalt tolerieren. Weltweit nutzten Millionen mutiger Frauen Social Media und andere Plattformen, um ihre Geschichten über Missbrauch, sexuelle Gewalt und

Belästigung auszutauschen, erklärte Fry. Der Aufstieg solcher Hashtag-Kampagnen wie #MeToo, #TimesUp und #OrangeTheWorld offenbarte die schiere Grösse der sexuellen Belästigung und anderer Formen der Gewalt, mit denen Frauen weltweit täglich konfrontiert seien. Ein Land allein könne diese Herausforderungen nicht wirksam bewältigen – es benötige einen kooperativen Ansatz.

### **Zusammenarbeit der Kleinstaaten**

I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer nutzte die Gelegenheit und lud die Delegierten der Kleinstaaten zu einem gemeinsamen Arbeitslunch ein. Die Parlamentarier aus Andorra, San Marino und Liechtenstein diskutierten über Chancen und Herausforderungen eines Kleinstaats in der Aussenpolitik sowie über Möglichkeiten, ihre Zusammenarbeit in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu intensivieren. Aufgrund von nationalen Wahlen in Monaco war der monegasischen Delegation eine Teilnahme an der Wintertagung nicht möglich.

## **III. Jahrestagung vom 7. bis 11. Juli 2018 in Berlin**

### **1. Delegation und Teilnehmer**

Vom 7. bis zum 11. Juli fand die 27. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der deutschen Hauptstadt Berlin statt. Die Jahrestagung stand unter dem Thema «Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen: Die Rolle der Parlamente». Nach dem Jahr 2002 engagierte sich Berlin bereits zum zweiten Mal als Gastgeber einer Jahrestagung. Insgesamt trafen sich rund 300 Abgeordnete aus 53 OSZE-Teilnehmerstaaten und vier Partnerstaaten, um aktuelle Themen zu diskutieren. Liechtenstein wurde durch den Abgeordneten Günter Vogt, die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten.

### **2. Eröffnungssitzung**

An der Eröffnungssitzung sprachen Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestags, George Tsereteli, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Olaf Scholz, Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen für Deutschland, und Guglielmo Picchi, stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit für Italien, als Vertreter des italienischen OSZE-Vorsitzes.

In seiner Rede machte Bundestagspräsident Schäuble auf neue internationale Herausforderungen wie Cyberattacken, hybride Bedrohungen und Klimawandel aufmerksam und beklagte die Tendenz zur Abweichung von internationalen Regeln und Standards. Er erinnerte auch an die Gründungsgedanken der OSZE und betonte die Errungenschaften und das Verbindende der Organisation für Europa. Friede und Wohlstand durch Vertrauen und Kooperation über die Grenzen hinweg zu erreichen, sei eine wegweisende und erfolgreiche Idee. Er unterstrich die Notwendigkeit, die multilaterale Zusammenarbeit und den Kompromiss zu

verbessern. Schäuble wies darauf hin, dass die informellen Begegnungen der Parlamentarier das gegenseitige Verständnis und die Schaffung von Vertrauen erleichtern. Er führte weiter aus, dass eine multilaterale Organisation wie die OSZE unverzichtbar sei. Sie verfüge über einen einzigartigen Erfahrungsschatz, um internationale Herausforderungen zu lösen, welche sich nicht alleine lösen lassen. Abschliessend unterstrich er, dass die parlamentarische Dimension der OSZE gerade vor dem Hintergrund verhärteter Fronten und gegenseitigen Misstrauens weiter an Bedeutung gewinnen werde. Besonders in Zeiten zunehmender Spannungen haben gemeinsam getroffene Vereinbarungen einen Wert und sollten nicht leichtfertig hinterfragt werden.

George Tsereteli wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier die uneingeschränkte Einhaltung der OSZE-Prinzipien wie Souveränität, Gleichheit, territoriale Integrität der Staaten, die friedliche Regelung von Streitigkeiten, die Unverletzlichkeit der Grenzen sowie die Menschenrechte fördern müssen. Er wies auf die Wichtigkeit dieser Prinzipien innerhalb der internationalen Verpflichtungen hin und bedauerte, dass der Stand der Umsetzung nicht dort sei, wo er sein sollte.

Vizekanzler Scholz unterstrich in seiner Ansprache, dass die globalen Herausforderungen von keinem Staat alleine erfüllt werden können. Dabei liessen sich internationale, grenzüberschreitende Probleme wie die Gefahr durch den Terrorismus und Migrationsfragen nur gemeinsam lösen. Die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung sei geeignet, die Aufmerksamkeit wieder auf das Konfliktlösungspotenzial der OSZE zu lenken. Gerade in der Sicherheitspolitik sollten die Parlamentarierinnen und die Parlamentarier ihre Regierungen zu konkreten Massnahmen und Ergebnissen im Rahmen des strukturierten Dialogs ermutigen. Weiter rief Scholz die Konfliktparteien in der Ukraine und auf der Krim auf, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten und umzusetzen. Instabilität sei ansteckend, und kein Land sollte denken, dagegen immun zu sein, so der Vizekanzler abschliessend.

Guglielmo Picchi führte in seiner Rede aus, dass die parlamentarische Diplomatie eine grundlegende Rolle bei der Förderung des integrativen Dialogs spiele und damit die Eigenverantwortung der Teilnehmerstaaten gestärkt werde. Weiter ging Picchi auf die Prioritäten des italienischen Vorsitzes in der OSZE ein. Die Migrationskrise im Mittelmeerraum lasse sich nur durch einen multilateralen Ansatz und nicht durch nationale Abschottung und Alleingänge lösen. Insbesondere die Sicherheitslage im Süden sei auch für Europa von Bedeutung. Alle Mitgliedstaaten müssten sich ihrer Verantwortung bewusst werden und sich an der Verteilung der Flüchtlinge beteiligen, betonte der stellvertretende Aussenminister. Eine weitere Priorität des italienischen Vorsitzes seien die Konflikte zwischen einigen Mitgliedstaaten. So werde man die seit vielen Jahren schwelenden «frozen conflicts» im Osten beobachten. Dabei werde aber auch die Bekämpfung des internationalen Terrorismus weiterhin auf der Agenda stehen. Abschliessend unterstrich Picchi, dass der italienische Vorsitz auf die parlamentarische Versammlung zugehen werde, der Dialog sei unumgänglich um heikle Themen voranzutreiben.

### **3. Der Ständige Ausschuss**

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses fand am 7. Juli unter der Leitung von Präsident George Tsereteli statt. Auf der Tagesordnung standen der Bericht des Präsidenten, der Bericht des Generalsekretärs, der Bericht der Schatzmeisterin über die Haushaltsführung 2017/2018 und die Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2018/2019 sowie verschiedene Berichte der Sonderbeauftragten und Berichte über Wahlbeobachtungsmissionen.

Der Präsident der Versammlung machte in seinem Bericht Ausführungen über seine Prioritäten, darunter die Verdoppelung der Konfliktlösungsbemühungen, die Gewährleistung, dass die OSZE für die Bewältigung neuer Herausforderungen gerüstet ist, und die Förderung der gemeinsamen Werte. Weiter berichtete der Präsident über seine jüngsten Aktivitäten und informierte, dass er bei seinem Besuch in Moldawien im vergangenen Monat die jüngsten Erfolge im transnistrischen Siedlungsprozess erreichen konnte. Ebenfalls informierte er über seinen jüngsten Besuch in der Ukraine.

Roberto Montella, Generalsekretär der OSZE PV, präsentierte ebenfalls seinen Tätigkeitsbericht. Dabei sprach er den OSZE-Parlamentariern, die bereit sind, ihre Zeit und ihren Einsatz für die Förderung der OSZE und für dialogorientierte Ansätze für neue Herausforderungen, denen sich alle unsere Länder und Gesellschaften gegenübersehen, einzusetzen, seine Dankbarkeit aus. Gerade in einer Zeit der Unsicherheit an so vielen Fronten seien die Prinzipien der OSZE und ihre Verpflichtungen von grösster Bedeutung. Der Generalsekretär erklärte weiter, dass die Versammlung die Zusammenarbeit mit anderen OSZE-Institutionen im Einklang mit dem erklärten Wunsch der Mitglieder nach einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Organisation weiter ausgebaut und vertieft habe.

Der vorgelegte Bericht der Schatzmeisterin Doris Barnett über das mit einem ausgeglichenen Haushalt abgeschlossene Jahr 2017/2018 wurde vom Ständigen Ausschuss zur Kenntnis genommen und verdankt. Für das Haushaltsjahr 2018/2019 schlug die Schatzmeisterin erneut eine Erhöhung des Budgets um 7,14 Prozent (EUR 230'500) vor. Ein Teil dieser Anpassung soll zur Schaffung eines Junior Professional Programms aufgewendet werden. Ebenso sollen die personellen Ressourcen zur besseren Unterstützung der Ad-hoc-Ausschüsse ausgebaut werden. Aber auch die zunehmenden Aktivitäten des Präsidenten erfordern höhere Beiträge. Somit stieg der vorgeschlagene Haushalt der Versammlung auf EUR 3'456'500 (Vorjahr EUR 3'226'000). Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses stimmten dem Vorschlag zu. Der liechtensteinische Beitrag zum Haushalt der OSZE PV beträgt EUR 4'318 (Vorjahr EUR 4'030) was 0,125 Prozent des Gesamthaushalts der Versammlung entspricht.

Die Schatzmeisterin rief wiederholt sämtliche Delegationen, die noch nie Gastgeber einer OSZE-Jahres- oder Herbsttagung waren, auf, dies in Betracht zu ziehen. Ebenso seien freiwillige Beiträge an den Haushalt der Versammlung jederzeit willkommen.

Dem Ständigen Ausschuss kam wiederum die Aufgabe zu, darüber zu entscheiden, ob die eingereichten zusätzlichen Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden. Insgesamt wurden 16 zusätzliche Resolutionsentwürfe auf die Tagesordnung der Versammlung gesetzt.

#### **4. Die drei Allgemeinen Ausschüsse**

Die drei Ordentlichen Ausschüsse (Ausschuss für Politische Angelegenheiten, Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten und Ausschuss für Menschenrechte) diskutierten jeweils einen im Vorfeld verfassten Bericht inklusive Resolution zum Tagungsthema. Zusätzlich wurden 14 weitere Resolutionsentwürfe von den Ausschüssen behandelt und verabschiedet.

##### **4.1 Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit**

Der Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit tagte unter dem Schweizer Vorsitzenden Filippo Lombardi. Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf des Berichterstatters Kristian Vigenin aus Bulgarien.

Der Berichterstatter unterstrich in seinem Bericht, dass angesichts der aktuellen politischen Lage es wichtiger denn je sei, dass die OSZE ihre Prinzipien, die in den Kerndokumenten der Organisation formuliert seien und zu deren Einhaltung sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet hätten, erfolgreich und vollständig umsetze. Die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen stosse auf Hindernisse, nicht zuletzt wegen der derzeitigen geopolitischen Spannungen im OSZE-Raum. Diese Spannungen drehten sich um verschiedene Angelegenheiten, wie die Spaltung Europas aufgrund der Situation in und um die Ukraine, die anhaltenden Langzeitkonflikte im OSZE-Raum sowie die andauernden Spannungen im westlichen Balkan, die zunehmenden extremistischen und terroristischen Bedrohungen und das Thema Migration. Eine weitere Belastung für den OSZE-Raum sei im schwindenden Vertrauen in Über-einkünfte über Nichtverbreitung und Rüstungsreduzierung zu sehen.

Nur wenn die Werte und Verpflichtungen der Organisation geachtet würden, könne der OSZE-Raum sicherer werden. Um die Sicherheit in der Region zu gewährleisten, haben sich die OSZE-Teilnehmerstaaten auf einen umfassenden Katalog von Verpflichtungen im politisch-militärischen Bereich geeinigt. Dieser Katalog umfasst eine Reihe vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen wie regelmässigen Informationsaustausch, Mittel für die Prüfung und Einhaltung der Massnahmen sowie verschiedene Formen der militärischen Zusammenarbeit. Diese Massnahmen sollen das Vertrauen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten stärken und zu mehr Offenheit und Transparenz im Bereich der militärischen Planung und Tätigkeiten beitragen. In der Organisation gibt es verschiedene Foren zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei ihren Bemühungen, den OSZE-Prinzipien gerecht zu werden.

Der Berichterstatter unterstrich in seinen Ausführungen, dass Sicherheits-herausforderungen wie Terrorismus, Cyberbedrohungen, langwierige Konflikte und nukleare Abrüstung die multilateralen Organisationen erfordern, um Spaltungen zu

überbrücken und den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft in diesen Fragen zu ermöglichen. Der Entschliessungsentwurf wurde vom Ausschuss verabschiedet.

Zusätzlich diskutierte der erste Ausschuss über fünf weitere Beratungsgegenstände. Die Resolution «Preventing and countering terrorism, violent extremism and radicalization that leads to terrorism» wurde vom Vorsitzenden des Ad-hoc-Committees on Countering Terrorism eingebracht. Die Resolution «Ten years after the August 2008 war in Georgia», welche von einer georgischen Parlamentarierin eingebracht wurde, wurde vonseiten der russischen Delegation heftig kritisiert. Der Ausschuss diskutierte ebenfalls über «Strengthening the visibility of the OSCE Parliamentary Assembly within the national parliaments of participating states» (Deutschland), «Strengthening the OSCE's approach to supporting security sector governance and reform in participating states» (Schweiz) und «Reaffirming the commitments to and guarantees of the effective operation of the OSCE» (Belgien). Sämtliche zusätzliche Beratungsgegenstände wurden verabschiedet.

Der Abgeordnete Günter Vogt nahm an den Sitzungen des Ersten Allgemeinen Ausschusses teil. Der vollständige Bericht kann auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

#### **4.2 Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt**

Der Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt tagte unter der Leitung von Nilza de Sena (Portugal). Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Sofio Katsarava aus Georgien sowie die dem Ausschuss überwiesenen vier zusätzlichen Beratungsgegenstände.

Die Berichterstatterin betonte, dass der Klimawandel die Erde in Neuland getrieben und zu extremen Wetter- und Migrationsbedingungen beigetragen hat. Sie unterstrich jedoch, dass die Umwelt- und Wirtschaftsmigration die Migration und die Binnenvertreibung aufgrund von Konflikten nicht überschatten sollte und forderte mehr Aufmerksamkeit. Die Entschliessung wurde vom Ausschuss angenommen. Auch die vom Ständigen Ausschuss überwiesenen zusätzlichen Beratungsgegenstände wurden von den Mitgliedern des Zweiten Allgemeinen Ausschusses verabschiedet.

Aufgrund der Überschneidung der Tagungszeiten mit dem Ersten und Dritten Ausschuss konnte die liechtensteinische Delegation nicht an den Sitzungen des Zweiten Ausschusses teilnehmen.

Der vollständige Bericht kann auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

### **4.3 Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen**

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen tagte unter der Leitung der Vorsitzenden Isabel Santos (Portugal). Auf der Tagesordnung standen der Bericht und Entschliessungsentwurf des Berichterstatters Kyriakos Hadjiyannis (Zypern) sowie die an den Ausschuss überwiesenen zusätzlichen Beratungsgegenstände.

Der Berichterstatter hielt fest, dass sich im Jahr 2017 die Menschenrechtslage im gesamten OSZE-Raum weiter verschlechtert hat, und zeigte sich zu tiefst beunruhigt darüber. Alte Krisen haben sich vertieft, neue Krisen sind entstanden, und das Engagement für die in der Schlussakte von Helsinki verankerten Werte scheint nachzulassen. Von einigen wenigen ermutigenden Zeichen des Menschenrechtsschutzes im OSZE-Raum abgesehen, stellten die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen für das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Menschenrechtssystem eine echte Bedrohung dar. Der verabschiedete Entschliessungsentwurf legt den OSZE-Teilnehmerstaaten nahe, strengere Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels zu erlassen und umzusetzen. Dabei sollte mehr Gewicht auf die Prävention gelegt werden. Ebenfalls werden die Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten aufgefordert, im Rahmen eines inklusiven Bildungsansatzes sicherzustellen, dass gefährdeten und benachteiligten Kindern nicht der Zugang zum Regelschulwesen verwehrt wird.

In der anschliessenden Debatte wurden von zahlreichen Parlamentariern die Themen Fake News, politische Gefangene, Religionsfreiheit sowie die Rechte von Migranten und Flüchtlingen angesprochen.

Vom Ständigen Ausschuss wurden vier zusätzliche Beratungsgegenstände an den Dritten Ausschuss überwiesen, welche alle vom Ausschuss angenommen wurden. Dabei handelte es sich um Resolutionen zu den Themen «Ongoing violations of human rights and fundamental freedoms in the autonomous republic of Crimea and the city of Sevastopol, Ukraine» (Ukraine), «Implementing trafficking-free communities» (USA), «Counteracting propaganda for hatred and war in the OSCE area» (Litauen) und «Violations of human rights and fundamental freedoms in the Russian Federation» (Schweden).

Die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett vertrat Liechtenstein im Dritten Allgemeinen Ausschuss. Der vollständige Bericht kann auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

### **4.4 Zusätzliche Beratungsgegenstände**

Die Tagesordnung der Jahrestagung wird jeweils durch zusätzliche Beratungsgegenstände zu einer beliebigen Angelegenheit innerhalb der Zuständigkeit der OSZE ergänzt, welche jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit den Themen stehen, die von den Berichterstattern der Ausschüsse vorgeschlagen werden. Diese zusätzlichen Beratungsgegenstände werden als Resolutionsentwurf vorgelegt und müssen mit den Unterschriften von mindestens 20 Mitgliedern aus mindestens vier

verschiedenen Staaten versehen sein. Gemäss Geschäftsordnung darf ein Mitglied der Versammlung nicht mehr als vier zusätzliche Beratungsgegenstände unterstützen. Insgesamt wurden in Berlin 14 weitere Beratungsgegenstände von den Ausschüssen und zwei vom Plenum behandelt und verabschiedet. Seitens der liechtensteinischen Delegierten wurden im Vorfeld der Jahrestagung folgende Beratungsgegenstände – welche auf die Tagesordnung gesetzt wurden – mitunterzeichnet: «Violations of human rights and fundamental freedoms in the Russian Federation» (Schweden), «A shared priority: fostering peace and security through enabling young people to reach their full potential» (Malta), «Promoting of the digital economy in the interests of ensuring economic growth in the OSCE area» (Weissrussland), «Minors on the move: the role of the OSCE and the OSCE Parliamentary Assembly in building an effective protection framework» (Belgien), «Strengthening the OSCE's approach to supporting security sector governance and reform in participating and partner states» (Schweiz), und «Reaffirming the commitment to and guarantees of the effective operation of the OSCE» (Belgien).

## 5. Plenarversammlung

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung standen die Debatten über zwei zusätzliche Beratungsgegenstände zu den Themen «Preventing and combating gender-based violence» der Gleichstellungsbeauftragten Hedy Fry (Kanada) und «Minors on the move: The role of the OSCE and the OSCE Parliamentary Assembly in building an effective protection framework». Die Resolution zum Thema Minderjährige auf der Flucht wurde von der Vorsitzenden des Ad-hoc-Ausschusses für Migration Nahima Lanjri (Belgien) eingebracht. Die Resolution ruft die Regierungen der OSZE-Mitgliedstaaten auf, ein klares Signal zu senden, um die Rahmenbedingungen für minderjährige Migranten zu verbessern. Weltweit seien etwa 173'000 unbegleitete Kinder auf der Flucht und gerade in den letzten Jahren sei ein besorgniserregender Anstieg dieser Zahlen verzeichnet worden. Beide Resolutionen wurden verabschiedet.

Anschliessend legte die Gleichstellungsbeauftragte Hedy Fry der Versammlung ihren jährlichen Bericht vor. Dabei konzentrierte sie sich auf die geschlechtsspezifische Gewalt und forderte die OSZE-Mitgliedstaaten auf, ihre Gesetzgebung auf diesem Gebiet zu verbessern und zu systematisieren. Dabei müsse ein Rechtsrahmen geschaffen werden, in dem sich jeder sicher fühlen könne. Insbesondere die Hashtag-Kampagne «Me Too» hätte Erschreckendes aufgedeckt und die Öffentlichkeit wachgerüttelt. Gerade in Konfliktregionen seien Frauen von geschlechtsbasierter Gewalt betroffen. Aber auch andere Personengruppen wie Minderjährige, Männer und religiöse Minderheiten würden Opfer von sexueller Gewalt. Darum sollten die Parlamentarier mit gutem Beispiel vorangehen und ihr Umfeld in den nationalen Parlamenten für das Problem sensibilisieren.

Die anschliessende Generaldebatte der Versammlung umfasste knapp 50 Wortmeldungen zu unterschiedlichen Themen. Der Abg. Günter Vogt ging in seinem Votum auf die ungelösten Konflikte in mehreren Mitgliedsländern der OSZE ein, forderte zum Dialog auf und appellierte daran, nach kooperativen Lösungen zu suchen.

## **6. Schlussitzung**

Auf der Tagesordnung der Schlussitzung stand die ordentliche Berichterstattung der Vertreter der verschiedenen OSZE-Institutionen. Thomas Greminger, Generalsekretär der OSZE, informierte über die aktuellen Tätigkeiten der OSZE. Dabei unterstrich er, dass die Exekutivorgane eng mit der Parlamentarischen Versammlung zusammenarbeiten wollen. Die Versammlung sei kein Ort von gegenseitigen Schuldzuweisungen, mahnte er die Abgeordneten. Er sehe die Versammlung vielmehr als eine Einrichtung, die innovative Ansätze für die gesamte OSZE erarbeite. Weiter führte er aus, dass die Parlamentarier sich ihrer Schlüsselrolle in der Organisation bewusst sein sollten. Sie übernähmen eine besondere Rolle, verfügten sie doch über einen Zugang sowohl zu den Regierungen als auch zu den Bürgern. Ebenfalls ging Greminger auf den im Jahr 2016 ins Leben gerufenen strukturierten Dialog der OSZE ein. Dieses neue zentrale Gesprächsformat müsse sämtliche Institutionen einbeziehen, die sich mit Sicherheitspolitik in und um Europa befassen. Er rief die Parlamentarier auf, dieses Format bekannt zu machen und auf ihre Regierungen zuzugehen, denn alle müssten über den strukturierten Dialog Bescheid wissen. Der Generalsekretär machte auch Ausführungen über die Unterfinanzierung der OSZE und rief die Parlamentarier dazu auf, die Organisation zur Durchführung ihrer Arbeiten finanziell besser auszustatten. Er bedauerte, dass durch das Nullwachstum des Haushalts die Organisation nicht mehr alle Verpflichtungen erfüllen könne und sie so den Erwartungen nicht gerecht werde und auch an Relevanz verliere. Abschliessend stellte er die Frage, ob die kooperative Sicherheit nicht mehr Wert sein sollte als ein F16-Kampfflugzeug. Anschliessend wurden die Entschliessungen der drei Ausschüsse zum Thema der Jahrestagung «Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen: Die Rolle der Parlamente» sowie die 16 Entschliessungen zu den zusätzlichen Beratungsgegenständen verabschiedet.

## **7. Berliner Erklärung**

Als Ergebnis der Tagung wurde die 74 Seiten umfassende «Berliner Erklärung» verabschiedet. Sie beinhaltet die Resolutionen der Ausschüsse und die Entschliessungen über die zusätzlichen Beratungsgegenstände. Die Deklaration fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Deklaration wurde zur weiteren Behandlung an die Regierungen aller 57 OSZE-Mitgliedstaaten gesandt. Das Dokument kann über die Homepage der PV der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) abgerufen werden.

## **8. Bilaterale Gespräche**

Die liechtensteinische Delegation nutzte ihren Aufenthalt in Berlin, um sich mit der liechtensteinischen Botschafterin Isabel Frommelt-Gottschald über aktuelle Themen auszutauschen. Am Rande der verschiedenen Sitzungen bot sich für die liechtensteinische Delegation wiederum die Möglichkeit, sich auf informeller Ebene mit Parlamentariern anderer Staaten auszutauschen.

## 9. Wahlen

Zum Schluss der Jahrestagung standen diverse Wahlen der Versammlung auf der Agenda. Als Präsident wurde George Tsereteli (Georgien) für ein Jahr gewählt. Als Vizepräsidenten wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Peter Bowness (Vereinigtes Königreich), Kari Henriksen (Norwegen), Kristian Vigenin (Bulgarien) und Pascal Allizard (Frankreich).

In die drei Ausschüsse sind folgende Personen bestellt worden:

### 1. Ausschuss:

- Filippo Lombardi (Schweiz) – Vorsitzender
- Sofio Katsarava (Georgien) – Vizevorsitzende
- Alan Farrell (Irland) – Berichterstatter

### 2. Ausschuss:

- Nilza de Sena (Portugal) – Vorsitzende
- Artur Gerasymov (Ukraine) – Vizevorsitzender
- Elona Hoxha Gjebrea (Albanien) – Berichterstatterin

### 3. Ausschuss:

- Margareta Kiener Nellen (Schweiz) – Vorsitzende
- Michael Georg Link (Deutschland) – Vizevorsitzender
- Kyriakos Kyriakou-Hadjijannis (Zypern) – Berichterstatter

## IV. Herbsttagung vom 3. bis 6. Oktober 2018 in Bischkek

### 1. Delegation und Teilnehmer

Vom 3. bis zum 6. Oktober fand die 17. Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Bischkek statt. In der kirgisischen Hauptstadt kamen rund 300 Teilnehmer, davon 160 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um über das Thema «Förderung des Sicherheitsdialogs in Zentralasien und darüber hinaus» zu diskutieren. Aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Oktobersitzung des Landtags konnte Liechtenstein keine Delegation entsenden.

### 2. Eröffnungssitzung

Zu den Rednern der Eröffnungssitzung gehörten der Präsident der Kirgisischen Republik Sooronbay Jeenbekov, der Parlamentspräsident der Kirgisischen Republik Dastanbek Dzhumabekov und der Präsident der OSZE-Versammlung George Tsereteli aus Georgien.

In seiner Eröffnungsrede stellte Präsident Tsereteli fest, dass eine Verschlechterung des Vertrauens in die OSZE das Funktionieren der Organisation bedroht, den Dialog untergräbt, bestehende Konflikte verschärft und dass die Vereinbarungen, die das menschliche Leid in Konfliktzonen wie der Ukraine oder Georgien beenden könnten, nicht erfüllt worden sind. Er wies darauf hin, dass den Parlamentariern neben der

Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle zukommt, um politischen Willen zur Unterstützung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zu schaffen.

In seinen Ausführungen stellte Präsident Jeenbekov fest, dass Kirgisistan von seiner Zusammenarbeit mit der OSZE, insbesondere bei der Entwicklung seines Wahlsystems, sehr profitiert hat. Er betonte, dass Kirgisistan seine Wirtschaft weiterhin modernisiert und politische und rechtliche Reformen sowie Reformen in der Strafverfolgung durchführt. Der Präsident führte aus, dass Kirgisistan die nachhaltige Entwicklung als Teil einer umfassenderen Strategie für die regionale Entwicklung betrachtet und dass es keine Alternative zu Zusammenarbeit und Dialog gibt.

Parlamentspräsident Dzhumabekov erklärte in seiner Ansprache, dass Kirgisistan verschiedene Herausforderungen erlebt hat, es sich aber fest auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie befindet. Er dankte den internationalen Partnern für ihren Beitrag zur demokratischen Entwicklung und stellte fest, dass das Parlament das Zentrum der Entscheidungsfindung im Land ist, und betonte, dass seine Ziele der nachhaltigen Entwicklung durch legislative Massnahmen verstärkt werden. Das Hauptziel sei, die Lebensqualität der Bürger zu verbessern und dabei die Bedeutung der Einhaltung internationaler Verpflichtungen zu unterstreichen.

### **3. Der Ständige Ausschuss**

Die Delegierten des Ständigen Ausschusses traten am 5. Oktober zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Dabei wurden sie über die Aktivitäten des Präsidenten der Versammlung informiert. Anschliessend stand die Behandlung von verschiedenen Berichten zu Wahlbeobachtungen sowie zu den Aktivitäten der Spezialberichterstatte auf der Agenda. Der Ständige Ausschuss beschloss, dass das «Ad hoc committee on strengthening OSCE engagement through transparency and reform», die «Ad-hoc-working Group on Belarus» und das «Parliamentary Team on Moldova» ihre Arbeit erledigt haben und geschlossen werden können.

### **4. Weitere Themen der Konferenz**

In weiteren Sessionen diskutierten die Parlamentarier die Bewältigung von neuen Herausforderungen und Bedrohungen in Grenzgebieten durch Vertrauensbildung und regionale Kooperation sowie die Stärkung des Engagements der Bürger beim Aufbau sicherer Gesellschaften. Das alljährliche Mittelmeerforum, welches unter dem Titel «Geopolitik Zentralasiens und des Mittelmeerraums» stand, debattierte Themen wie die Herausforderungen im Bereich Migration, Handel und Umwelt, die Terrorismusbekämpfung, den Klimawandel, die Förderung der Stabilität in Syrien, Libyen und im Irak, um das menschliche Leid zu verringern und den Flüchtlingsstrom einzudämmen, sowie die Bedeutung der Förderung einer gerechten Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

## V. Wahlbeobachtung

Mit besonderem Nachdruck setzt sich die OSZE PV seit 1993 für die Beobachtung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ein. Die Anwesenheit parlamentarischer Wahlbeobachter gerade bei Wahlen in Ländern, die sich in Übergangs- und Postkonfliktphasen befinden, zeigt, wie wichtig die Legislative als institutionelles Gegengewicht zur Exekutive ist. Seit 1997 gibt es eine Kooperationsvereinbarung mit dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE in Bezug auf Wahlbeobachtungen.

Im Berichtsjahr nahm ein Mitglied der Delegation an einer Wahlbeobachtungsmission teil. Liechtenstein wurde an den Präsidentschaftswahlen in Georgien durch die stellvertretende Abgeordneten Helen Konzett vertreten.

### **Bericht der stellvertretenden Abgeordneten Helen Konzett über ihre Teilnahme an der Wahlbeobachtung in Georgien vom 25. bis 29. Oktober 2018:**

Die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV) organisierte für die georgischen Präsidentschaftswahlen vom Sonntag, dem 28. Oktober, eine Wahlbeobachtungsmission, an der insgesamt 60 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 20 OSZE-Ländern teilnahmen. In rund 3'500 Wahllokalen des Landes waren 3,5 Millionen Stimmberechtigte registriert und aufgerufen zur letztmaligen Direktwahl der Staatspräsidentin oder des Staatspräsidenten für die nächsten fünf Jahre. Aufgrund einer Änderung des georgischen Wahlgesetzes wird das Amt des Staatspräsidenten künftig nicht mehr per Direktwahl durch die Bevölkerung, sondern durch ein Wahlgremium vergeben werden. Die Staatspräsidentin oder der Staatspräsident wird künftig in der Macht beschnitten sein und überwiegend repräsentative Aufgaben wahrnehmen. Die Präsidentschaftswahl 2018 in Georgien gilt als «Generalprobe» für die nächsten Parlamentswahlen.

Die Entsendung erfolgte im Rahmen der Mitgliedschaft 2017 – 2021 in der Delegation des liechtensteinischen Landtags bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Nach dem Anreisetag, dem Donnerstag, 25. Oktober, nahm ich am 26. und 27. Oktober am Briefing in Tbilisi zum OSCE Code of Conduct, zu den Wahlgesetzen Georgiens sowie an den Hearings teil. Bei den Hearings konnten wir direkt mit der Präsidentin der Zentralen Wahlkommission Georgiens, mit Medienrepräsentanten, Vertretern der Zivilgesellschaft sowie den Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten diskutieren.

Von Margaretha Cederfelt (Schweden, Leiterin der OSZE-PV-Mission) und Kristian Vigenin (Bulgarien, Special Coordinator und Leiter der Gesamtmission) wurde ich in die dreiköpfige Advisory Group berufen, welche die während der Briefings und der Wahlbeobachtung gemachten Überlegungen sowie Beobachtungen zusätzlich zweimal mit der Missionsleitung diskutierte. Unsere Überlegungen erhielten so zusätzliches Gewicht.

Am Wahlsonntag, dem 28. Oktober, nahm ich ab 6:45 Uhr zusammen mit Paul Arthur Massaro, US Policy Advisor der Commission on Security and Cooperation in Europe (U.S. Helsinki Commission) an den Öffnungsaktivitäten eines Wahlbüros in Tbilisi teil. Unterstützt wurden wir von einer Übersetzerin und einem Fahrer. Landesweit waren die Wahllokale von 8 Uhr morgens bis 20 Uhr abends geöffnet. Wir fuhren anschliessend weiter in die westlich der Hauptstadt liegenden Städte und Gebiete um Kutaisi und Tkibuli in der Region Imeretien (Imereti), um dort die Durchführung der Wahlen in verschiedenen Wahlstationen zu beobachten. Kutaisi, die mit rund 150'000 Einwohnern zweitgrösste Stadt Georgiens und seit Saakashvili Regierungszeit Sitz des Parlamentes, liegt rund 250 Kilometer von Tbilisi entfernt. Die Region um Tkibuli ist reich an Naturdenkmälern, mittelalterlichen Burgen und Kirchen, aber arm an Arbeitsplätzen. Tkibuli ist das ehemalige Kohlebauzentrum Georgiens, gelegen in den Hügeln östlich von Kutaisi, und von den ehemals neun Kohleabbauunternehmen ist kein einziges übriggeblieben. Das hat die Wirtschaft der Stadt lahmgelegt und die Hälfte der Stadtbevölkerung zur Abwanderung gezwungen. Die verbliebene Bevölkerung, rund 10'000 Einwohner, ist verarmt, das Auftreten von ernsthaften und oft tödlich verlaufenden Atemwegserkrankungen aufgrund der ehemaligen Kohlebauindustrietätigkeiten immer noch hoch.

Ganztags besuchten wir in der Region Wahllokale und kehrten spätabends nach Tbilisi zurück. Die von mir besuchten Wahllokale befanden sich vor allem in Kindergärten und Schulen verschiedener Stufen sowie in Sporthallen. Unsere Beobachtungen rapportierten wir an das zweiköpfige OSZE-Langzeitbeobachter-Team in Kutaisi. Neben den Rapporten ans Langzeitbeobachterteam in Kutaisi diskutierte ich meine Beobachtungen auch telefonisch und an einem separaten Treffen direkt in der Advisory Group.

Die Wahlen verliefen in den von mir besuchten Wahllokalen mehr oder weniger ruhig. Zu reden gaben schon im Vorfeld der Wahl die von verschiedenen Präsidentschaftskandidaten oder ihnen nahestehenden Organisationen rekrutierten lokalen und regionalen Unterstützer, welche sich als nationale Beobachter akkreditiert hatten und teilweise die Wahllokale in grosser Zahl belagerten. Das heisst, in etlichen Wahllokalen des Landes befanden sich während des ganzen Wahltages mehr nationale «Beobachter» als Mitglieder der lokalen Wahlkommission, was als problematisch taxiert wurde. Ähnliche Beobachtungen machte ich mit meinem Team ebenfalls in mehreren Wahllokalen.

Am Montagmorgen, dem 29. Oktober, fand das Debriefing statt, an dem die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Mission noch einmal die wichtigsten am Vortag gemachten Beobachtungen austauschten, diskutierten und bewerteten.

Die Leitung der OSZE-PV-Mission stellte die gesammelten Beobachtungen am Nachmittag des 29. Oktobers 2018 anlässlich einer Pressekonferenz in Tbilisi mündlich und mittels öffentlich abgegebenen Abschlussbericht den Medien vor. Ich nahm ebenfalls an der Pressekonferenz teil.

Margaretha Cederfelt, Leiterin der OSZE-PV-Mission, hielt an der Präsentation des Schlussberichts vor den Medien am 29. Oktober fest: «Mit der gestrigen Abstimmung hat Georgien bewiesen, dass Anstrengungen unternommen werden, um den Wahlprozess zu verbessern. Ich ermutige alle Wahlbeteiligten,

insbesondere die Medien und die Zivilgesellschaft, vor allem während der Kampagne für die zweite Runde, ein Höchstmass an Berufsethik zu zeigen. Ich möchte das georgische Volk und insbesondere die Jugendlichen dafür loben, dass sie erneut ihr grosses Engagement für die Demokratie zeigen.»

Im Schlussbericht hielt die Mission zusammenfassend Folgendes fest:

- Obwohl fundamentale Rechte generell respektiert wurden, die politischen Mitbewerber ungehindert ihre Wahlwerbungskampagnen durchführen konnten und die Wählerinnen und Wähler eine echte Wahl hatten, waren die Wahlen geprägt von ungleichen Wettbewerbsbedingungen für die 25 angetretenen verschiedenen Kandidaten.
- In den von Russland besetzten Landesteilen Südossetien und Abchasien, welche 20 Prozent der Fläche Georgiens darstellen, konnte nicht gewählt werden. Der Registrierungsprozess in den Wahlgebieten an sich war transparent und inklusiv.
- Während der Kampagnen wurde deutlich, dass sich eine beträchtliche Anzahl Kandidaten nur deshalb angemeldet hatte, um öffentliche Gelder und freie Sendezeit zu nutzen, um andere Kandidaten zu unterstützen. Dadurch hatten diese einen unfairen Vorteil. Die von den einzelnen Kandidaten eingesetzten Mittel waren extrem ungleich verteilt.
- Die öffentlich-rechtlichen Medien stellten allen Kandidaten die gleiche Plattform zur Verfügung, hingegen gab es eine scharfe Polarisierung bei den privaten Medien.
- Im Vorfeld der Wahlen gab es etliche gutgeheissene Beschwerden zu Missbräuchen staatlicher Mittel, und die Beteiligung hochrangiger Staatsbeamter der Regierungspartei am Wahlkampf war nicht immer im Einklang mit dem Gesetz. Die Kampagne war geprägt von polarisierenden Themen, Negativkampagnen und harten Anschuldigungen.

Ergänzend zum Statement von Margaretha Cederfelt kann gesagt werden, dass keiner der angetretenen Kandidaten die Hürde von 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Deshalb wird es am 2. Dezember 2018 eine Stichwahl geben. Gegeneinander antreten werden Frau Salome Zurabishwili, offiziell als unabhängige Kandidatin angetreten, aber unterstützt von der Regierungskoalition, und Herr Grigol Vashadse von der «Einigenden Nationalen Bewegung», welche im ersten Wahlgang beide rund 38 Prozent der Stimmen erhielten. Die Wahlbeteiligung lag auf einem Rekordtief von nur knapp 40 Prozent.

Am Montag, dem 29. Oktober 2018, reiste ich direkt nach der Pressekonferenz nach Liechtenstein zurück.

Für den zweiten Wahlgang stellte das Sekretariat der OSZE PV noch einmal ein Beobachterteam aus dem Pool der Parlamentarier zusammen, welche schon den ersten Wahlgang beobachteten.

## **VI. Digitale Resilienz eines demokratischen Staates - Lissaboner Konferenz**

Am 8. Mai fand in Lissabon eine Konferenz zum Thema «Digitale Resilienz eines demokratischen Staates» statt. Die liechtensteinische Delegation entsendete die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett an diese von der OSZE PV und dem Portugiesischen Parlament gemeinsam organisierten Veranstaltung.

An der Konferenz wurde das hochaktuelle Thema Cyberbedrohungen respektive die Antworten demokratischer Staaten auf die Bedrohung von rund 20 eingeladenen Fachpersonen in vier Themenblöcken beleuchtet und diskutiert. Dabei ging es insbesondere um die Fragen, ob und wie ein sehr kleines Land wie Liechtenstein auf die aktuellen politischen und technologischen Herausforderungen reagieren kann und muss. Welches Ausmass hat die Bedrohung für Liechtenstein, müssen wir mit gesetzlichen und technologischen Massnahmen reagieren und, wenn ja, wie? Welche gesetzlichen Antworten haben andere Staaten schon auf diese Herausforderungen gefunden und welche supranationalen Möglichkeiten der Zusammenarbeit bieten sich hierbei mit anderen Ländern an?

Bei der Eröffnungssession ging es um einen Überblick über den aktuellen Stand der Herausforderungen und Antworten darauf. Jorge Lacao, Vizepräsident des Portugiesischen Parlaments, eröffnete die Konferenz mit den Worten: «Es braucht eine bessere internationale Zusammenarbeit». George Tsereteli, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE betonte in seinen Eröffnungsworten, dass das Leben jeder Einwohnerin und jedes Einwohners unserer OSZE-Staaten betroffen sei und dass es sowohl eine Weiterentwicklung der nationalen sowie der internationalen Gesetzgebungen brauche. Isabel Santos, Delegationsleiterin der Portugiesischen OSZE-PV-Delegation, erwähnte vor allem die Notwendigkeit, die Cyberbedrohungen genau zu kennen, um zum einen die Vorhersehbarkeit zu erhöhen und zum anderen die Resilienz von Staaten gegen Cyberangriffe zu erhöhen. Einig waren sich die drei Eröffnungsredner, dass dabei die demokratischen Errungenschaften unserer Staaten direkt im Zentrum der Angriffe stehen und sie damit auf dem Spiel stehen. Dies war denn auch die Problematik, welche die rund 70 Teilnehmenden und Fachpersonen sowie Spezialisten aus den OSZE-Staaten aus verschiedenen Blickwinkeln erörterten und diskutieren. In den vier Themenblöcken gab es mehrere herausragende und erwähnenswerte Rednerinnen und Redner, von denen ich die aus meiner Sicht wichtigsten hier erwähnen möchte:

Der Themenblock «Cybersicherheit und Demokratie: Vertrauensbildende Massnahmen» widmete sich unter anderem den Fake News und ihren destabilisierenden Effekten – Fake News, also unwahre Behauptungen, welche sich im Internet weiterverbreiten, dürfen gemäss Sir Julian King, European Commissioner for the Security Union, auf keinen Fall unterschätzt werden. Es braucht gemäss dem Panel den Einsatz der Bürger, aber auch technologische Antworten sowie strafrechtliche Massnahmen zu ihrer Bekämpfung, zum Beispiel durch die Erkennung gefälschter Profile in den sozialen Netzwerken. Hier geht es darum, angemessene nationale Antworten auf in oft internationalen Räumen ausgeführte kriminelle Handlungen zu finden. Anatoly Smirnov, Professor und Generaldirektor der Nationalen Vereinigung für Internationale Informationssicherheit in Moskau, erwähnte die Minsk Deklaration der OSZE PV, gemäss der sich

die OSZE PV darauf geeinigt hat, Cyberattacken als Akte der Aggression gegen Staaten zu interpretieren. Die OSZE als wichtiger Akteur in der Bekämpfung der Cyberkriminalität könnte aktiver werden und viel bewirken.

Im Themenblock «Technologische Herausforderungen des Cyberspace» ging es darum, eine Strategie zu finden, welcher Aufwand für die Sicherheit des Cyberspace zu betreiben ist. Dazu braucht es eine Einschätzung der Risiken. Dabei ist immer zu beachten, dass wir es hier mit grenzüberschreitender Datenverwaltung und –Verbreitung zu tun haben. Neben Staaten müssen auch Firmen technologisch gewappnet sein, alle brauchen ausreichend geschultes Personal und Soft- sowie Hardware zum Schutz ihrer Daten. Laut Pedro Veiga, Koordinator des Nationalen Cybersecurity Centers Portugals, wird der nächste Krieg kein konventionell geführter, sondern eine massive Cyberattacke sein, auf die wir unvorbereitet sein werden. Es brauche Einsatzpläne und eine nationale/internationale Koordination zur Vorbereitung auf solche Szenarien.

Rasa Ostrauskaite, Koordinatorin von Aktivitäten zur Behandlung von Transnationalen Bedrohungen in der OSZE, erklärte eindrücklich das hohe Ausmass der Bedrohung auf dem höchsten, globalen Level. 2015 gab es wegen einer Cyberattacke in der Ukraine für 200'000 Menschen stundenlang keinen Strom mehr. 2017 erlitt das internationale Finanzsystem aufgrund einer Cyberattacke einen Verlust von rund USD 900 Mio. Sie beobachtet eine Verhärtung der nationalen Positionen anstelle einer offenen Zusammenarbeit und konstatiert einen fehlenden Konsens über einen UN-Report, der sich den sensiblen brennenden Fragen im Zusammenhang mit den hinsichtlich Cyberattacken problematischen Ländern, aus welchen die Angriffe vor allem stammen, befasst hat. Es braucht einen erklärten politischen Willen unser Ziel der «Secure Cyber Neighbourhood» zu erreichen.

Im Themenblock «Souveränität und Digitale Sicherheit» erfuhren die Teilnehmenden durch Spezialisten von den Lücken in den nationalen Gesetzgebungen: Zum Beispiel sind kriminelle Akteure grundsätzlich durch den Staat geschützt, in dem sie leben und von welchem aus sie ihre Aktivitäten ausüben. Hier bräuchte es gemäss Fernando Jorge Pires, Commodore Directorate of Communications and Information Systems, EMGFA, einen supranational gestalteten Konsens und eine Verbesserung in der Zusammenarbeit. Weiters gibt es Verbesserungsmöglichkeiten in der Bekämpfung der Bedrohungen durch das Darknet, an denen aktuell viele Staaten arbeiten. Absolute Sicherheit gebe es aber nicht, die kriminellen Handlungen und Technologien seien oft einen Schritt voraus.

Im Themenblock «Bedrohung durch Cyberterrorismus in der OSCE-Area» gab es erhellende Praxisbeispiele aus Portugal, etwa durch Pedro Verdelho, Staatsanwalt und Vorsitzender des portugiesischen Cybercrime Offices (Ombudsstelle): In Portugal sind bei 4'000 Attacken täglich bisher rund 80 Prozent der Unternehmen des Landes mindestens einmal betroffen gewesen. Innerhalb der OSZE wird das Thema Souveränität unterschiedlich gesehen, zum Beispiel durch Russland, was eine Herausforderung für unsere supranationale Zusammenarbeit darstellt. Immerhin gibt es seit 2001 respektive 2004 die Budapest Konvention, welche einen bestehenden wichtigen Rahmen für die supranationale Zusammenarbeit in der Bekämpfung von Terrorismus bietet. Dieser kann weiterentwickelt werden – hierbei können auch kleine Staaten eine bedeutende Rolle einnehmen.

Graca Mira Gomes, Botschafterin, Generalsekretärin des Portuguese Intelligence System, empfahl der OSZE, sich auf den intergouvernementellen Dialog zu spezialisieren und hier einen Mehrwert in der Vertrauensbildung und beim Wissenstransfer herauszuarbeiten.

In der Schlussession wurden noch einmal die drängenden aktuellen Herausforderungen für alle demokratischen Staaten, die digitale Resilienz zu erhöhen, unabhängig von ihrer Grösse oder ihres Einflusses innerhalb der Staatengemeinschaft, zusammengefasst.

Marcos Perestrello, Staatssekretär für Nationale Sicherheit Portugals, und Miguel Santos, stellvertretender Delegationsleiter der Portugiesischen OSZE-PV-Delegation, betonten die Vorteile der grenzenlosen Möglichkeiten, welche das Cyberspace bietet. Sie seien elementar für unsere sozialen und ökonomischen Freiheiten geworden und sie müssen bestehen bleiben. Freie Cyberräume sind das Schlüsselement einer globalisierten Wirtschaft. Diese Freiheiten müssen bestehen bleiben, die Rechte der Einwohner unserer Staaten geschützt werden. Aber die Staaten können ihre Resilienz durch vertrauensbildende Massnahmen und durch eine bessere internationale Zusammenarbeit stärken. Joao Soares, früherer OSZE-PV-Präsident, betonte dabei die Wichtigkeit der OSZE-PV-Zusammenarbeit und die Möglichkeiten der Parlamentarier zur Einflussnahme auf die Gesetzgebungen ihrer Länder. Die Gesetzgebungen, darin waren sich die Teilnehmer einig, müssen demokratische Grundprinzipien hochhalten. Nur durch verstärkte supranationale Gesetzgebungen können die Länder die Herausforderungen, die sich aktuell durch Cyberbedrohungen stellen, meistern und das Ziel der Secure Cyber Neighbourhood erreichen. Weiterführender Link: <http://www.oscepa.org/>

## **VII. Zusammenarbeit**

Vor jeder Session erhielt die Delegation ein umfangreiches Dossier seitens des Ministeriums für Äusseres mit Liechtenstein-spezifischen Unterlagen. Diese pragmatische Informationspolitik wird als sehr wertvoll und hilfreich erachtet und trägt dazu bei, die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrzunehmen.

## **VIII. Kostenaufwand der Delegation**

Im Berichtsjahr 2018 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 15'017 (Vorjahr CHF 14'595). Die Taggelder machten im Jahr 2018 CHF 14'000 (Vorjahr CHF 15'000) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betragen im Berichtsjahr CHF 5'073.65 (EUR 4'318).

## **IX. Weitere Informationsquellen**

Ausführliche Informationen, wie die einzelnen Reden und umfassenden Berichte zu den Tagungen in Schriftform sowie Videoaufzeichnungen können auf der Homepage

der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

## **X. Schlusswort und Antrag**

Die Delegation konnte im Berichtsjahr aufgrund von Überschneidungen der Landtagsessionen im 2018 wiederum nicht an allen drei Tagungen der Versammlung teilnehmen und konnte sich somit nicht vertieft mit allen Themen der OSZE PV auseinandersetzen.

Aufgrund der existierenden Überschneidungen von Sitzungsperioden des Landtags und den Sessionen der OSZE-Versammlung wäre es sinnvoll, sofern die Sessionstermine nicht koordiniert werden können, zumindest die bestehende Praxis in der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein vom 19. Dezember 2012 so weit zu lockern, dass den Mitgliedern Ständiger Delegationen die Teilnahme an einer Session ermöglicht wird, wenn die Stellvertretung des teilnehmenden Abgeordneten im Landtag geregelt ist. Dieses Anliegen wurde im Bericht 2017 bereits angemerkt.

Besonders hervorzuheben ist die Teilnahme der Delegation an der Juli-Jahrestagung in Berlin mit der Verabschiedung der «Berliner Erklärung». An der 27. Jahrestagung waren die Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit rund 300 Teilnehmern aus 57 Mitgliedstaaten im Plenarsaal des Berliner Reichstagsgebäudes zusammengekommen. Zahlreiche Redner gingen auf Probleme und Erfahrungen in ihren eigenen Ländern und ihrer Region ein, teilweise tauschten die Konfliktparteien bereits bekannte, unvereinbare Positionen aus. Trotzdem wurde die Deklaration mit grosser Mehrheit verabschiedet und fordert jeden Mitgliedstaat zur entsprechenden Umsetzung auf.

Ich danke meiner Delegationskollegin Helen Konzett, der Frau Botschafterin in Wien, der Frau Botschafterin in Berlin, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Regierung und unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die hervorragende Zusammenarbeit.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2018 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Günter Vogt

Balzers, im Januar 2019